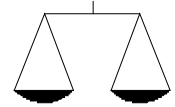




GMS



GEMEINSCHAFT FÜR MENSCHENRECHTE IM FREISTAAT SACHSEN e.V.
Mitglied im FORUM MENSCHENRECHTE

Anneliese Feurich

Martin Richter in Kirche und Politik

Ein Dresdner im Dienst an denen, die im Schatten leben

GMS-Schriftenreihe

Heft 13

Anneliese Feurich

Mitglied des Präsidiums der

GEMEINSCHAFT FÜR MENSCHENRECHTE
IM FREISTAAT SACHSEN (GMS) e. V.

<http://www.GMS-dresden.de>

Unveröffentlichtes Manuskript 1989

Ein Mann voller Güte

In den ersten Nachkriegsjahren bin ich Martin Richter öfters begegnet. Drei Begebenheiten sind mir besonders deutlich in Erinnerung geblieben. Am 18. September 1945 sah ich Martin Richter zum ersten Mal. Mein Mann war damals noch illegaler Vikar der Bekennenden Kirche. Zwei Tage zuvor war er schwerkrank und entsetzlich abgemagert, aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft heimgekehrt. Bei Martin Richter, seinem väterlichen Freund aus der Bekennenden Kirche, wollte er sich über die kirchliche und politische Lage informieren. Wir suchten ihn in Dresden-Neustadt auf und trafen ihn in der Nähe seiner damaligen Unterkunft auf der Theresienstraße. Mein Mann begrüßte ihn, aber Richter erkannte Walter Feurich, der kahlgeschoren und in so schlechter körperlicher Verfassung vor ihm stand, erst wieder, als er seinen Namen nannte. Richter war bestürzt. Seine Augen waren voller Tränen.

Als wir Richter wenige Wochen später zufällig wiedersahen, berichtete er uns hochofregt, dass die Mitglieder des Antifa-Blocks in Dresden seinen Vorschlag aufgegriffen hätten, ein Hilfswerk des ganzen Volkes zu schaffen, um all jenen zu helfen, die durch die Folgen des im Kriege in bitterste Not geraten seien. Die Volkssolidarität wurde im Herbst 1945 in Dresden gegründet.

Mitte Juni 1949 lag ich in Dresdner Diakonissenkrankenhaus, neben mir unser erstes Kind. Vormittags, völlig außerhalb der Besuchszeit und trotz der hohen Anforderungen, die sein Amt als Zweiter Bürgermeister an ihn stellte, betrat Martin Richter des Zimmer, gratulierte mir herzlich und betrachtete dann aufmerksam den zwei Tage alten Knaben.

Bei meinen wenigen Begegnungen mit Richter hat mich seine tiefe Mitmenschlichkeit immer sehr beeindruckt.

An seinem weiteren Weg habe ich zumeist nur indirekt, durch die freundschaftliche Beziehung meines Mannes zu Richter, Anteil genommen. Der folgende Bericht, in dem ich sein Leben und Wirken nachgespürt und aufgeschrieben habe, ist auch ein Zeichen des Dankes für empfangene Güte und Treue.

Kindheit und Jugend

Wilhelm Martin Richter wurde am 23. Februar 1886 in Dresden geboren. Seiner Heimatstadt blieb er bis an sein Lebensende eng verbunden. Seine Mutter, Henriette Johanne Wilhelmine Richter, entstammte einer bayrischen Waldarbeiterfamilie, deren Vorfahren zu jenen Protestanten gehörten, die in den dreißiger Jahren des 17. Jahrhunderts ihres Glaubens wegen aus Salzburg vertrieben worden waren. Sein Vater, Sohn eines sächsischen Pfarrers, blieb ihm unbekannt, Er entzog sich seiner Verantwortung und "floh nach Amerika". So sieht es Richter, als er im Alter beginnt, seine Lebenserinnerungen aufzuschreiben. Seine Mutter musste den Lebensunterhalt für sich und ihren Sohn allein verdienen und ihn deshalb in Pflege geben. Richter erinnert sich besonders an seinen Aufenthalt bei der Familie des Gendarms Schreiber, die auf seine Entwicklung großen Einfluss hatte. Durch sie sei er in den Kindergottesdienst mitgenommen worden und habe in den Schulferien in Strahwalde bei Herrnhut reges Kirchgemeindeleben kennengelernt.

Erst 1892, als Richters Mutter den damaligen Markthelfer Andreas Heinrich Ziegenfuß heiratete und. Martin in Dresden-Neustadt eingeschult wurde, erhielt er bei

Mutter und Stiefvater sein bleibendes Zuhause in einer Wohnung nahe der Martin-Luther-Kirche.

Zwischen 1894 und 1903 wurden noch fünf Halbgeschwister geboren. Die Wohnung wurde immer enger und "Mangel und Sorgen" gehörten, wie Richter später schreibt, "zum sichersten Besitz der Familie". Für körperlich sehr schwere Transportarbeit erhielt sein Stiefvater bei einem reichen Getreidehändler nur geringen Lohn, so dass er an den Wochenenden versuchte, mit Tanzmusik in den Ballhäusern am Stadtrand zwei bis drei Mark hinzuzuverdienen. Richters Mutter reinigte Büroräume. Für ihn war es deshalb selbstverständlich, zu Hause bei der Betreuung seiner Geschwister zu helfen und von seinem zehnten Lebensjahr an auch finanziell zum Unterhalt der Familie beizutragen. Er war glücklich, eine Bäuerin gefunden zu haben, die täglich zu Fuß von Bühlau am Stadtrand mit einem Hundefuhrwerk Milch in die Innere Neustadt brachte, die Martin vor der Schule treppauf treppab in den Häusern austrug. Manchmal durfte er ein Wochenende auf dem kleinen Bauernhof in Bühlau verbringen. Nachmittags versuchte er, durch Botengänge oder als Kofferträger auf den beiden damaligen Neustädter Bahnhöfen einige Groschen zu verdienen. Für Kinderfreuden sei aber trotz der vielen Arbeit Zeit geblieben, wenn auch die schulischen Leistungen dann manchmal gelitten hätten. Mit besonderem Dank erinnert sich Richter an seinen Lehrer in der siebten und achten Klasse. Der habe ihm nicht nur geistig bereichert, sondern ihm durch seinen Religionsunterricht auch eine gute christliche Grundlage mitgegeben. Richters Schulentlassungszeugnis Ostern 1900 war überdurchschnittlich gut. Gern hätte er einen Beruf erlernt. Aber das Lehrgeld konnten ihm seine Eltern nicht bezahlen. Vielmehr waren sie für den Unterhalt der großen Familie auf jene sechs bis acht Mark angewiesen, die ihr Sohn als "Ungelernter" wöchentlich heimbrachte. So arbeitete Richter von 1900 bis 1903 als Arbeitsbursche in einer Schokoladen-, später in einer Nähmaschinenfabrik und besuchte nebenbei eine Fortbildungsschule. Von 1904 bis Februar 1906 war er Markthelfer, eine Art Lagerarbeiter, für die Textilgeschäfte einer größeren Firma.

"Wenn ich trotz allem von keiner harten Jugend reden will, so liegt es daran, dass ich sehr früh zur evangelischen Jugendbewegung kam" betont Richter später und meint damit seine Mitarbeit in einem Jünglingsverein. Diese Vereine waren, zumeist unter der Leitung eines Pfarrers, selbständig im Raume ihrer Kirchgemeinde tätig, darüber hinaus in städtischen und regionalen Verbänden. Im Dresdner Verbandsblatt "Der Jünglingsfreund" lesen wir, dass der Jünglingsverein eine Gemeinschaft bilden wolle, die den jungen Menschen hilft, bei dem zu bleiben, was sie bei ihrer Konfirmation gelobt hätten. Es gehe um Gottesfurcht und gute Sitte. Für die Freizeit biete er Vorträge, Zeitschriften, Bücher, Spiele, Ausflüge, Turnen und Gesang an. Auch pflegte er den Kirchgang. Parteipolitik aber solle von den jungen Menschen ferngehalten werden. Bald nach seiner Konfirmation trat Richter in den Jünglingsverein seiner Gemeinde ein. Er wurde dort für den Besuchsdienst bei jungen Leuten, die vom Dorf oder von der Kleinstadt zumeist zur Berufsausbildung nach Dresden gekommen waren, eingesetzt. Darüber schreibt Richter: "Obwohl selbst aus bescheidenstem Haushalt kommend, erschrak ich doch sehr über die Löcher und Spelunken, in denen Lehrlinge, auch in sehr vornehmen Hotels (!) und bei ehrsamem Handwerksmeistern und als sonstige Arbeitsburschen in Untermietsquartieren hausten." War er auch noch weit davon entfernt, die wirklichen Ursachen dafür zu erkennen und z.B. die Standesordnung seiner Zeit und den konservativen Geist seiner Erziehung in Schule, Beruf und Kirche irgendwie in Frage zu stellen, so erwachte damals sein soziales Gewissen.

Der Sog sozialer Konflikte

Nachdem der Stiefvater Andreas Ziegenfuß eine Arbeit als Kassenbote aufgenommen hatte, zog er mit seiner großen Familie nach Dresden-Altstadt, in die Pirnaische Straße 32. Martin Richter wurde aktives Mitglied im Jünglingsverein "Heimat" der Frauenkirche. Zu einem Fest anlässlich des 25jährigen Bestehens des Bundes der evangelisch-lutherischen Männer- und Jünglingsvereine am 10. und 11. Mai 1903 wurde der ehemalige Hofprediger des Kaisers und vielumstrittene Sozialreformer Dr. Adolf Stoecker aus Berlin als Gast erwartet. Richter war es zugefallen, ihn am Dresdner Hauptbahnhof abzuholen und ins Quartier zu geleiten. Stoeckers Persönlichkeit, seine Festpredigt in der überfüllten Kreuzkirche, sein anschließender Vortrag und ein Gespräch mit ihm hinterließen bei Richter zunächst tiefen Eindruck. Stoecker verstand es auch noch im Alter, durch seine Rhetorik in den Herzen junger Menschen Erbarmen, Hoffnung und Vertrauen zu erwecken und sie für die sozialen Anliegen zu begeistern. Als Organisator der Berliner Stadtmission hatte er die Entwicklung der vielfältigen Arbeitsfelder der Diakonie entscheidend beeinflusst, vermochte allerdings mit seiner in der Verknüpfung von Christentum, Königtum und Vaterland begründeten Gesellschaftsauffassung die eigentlichen Wurzeln sozialen Elends und sozialer Ungerechtigkeit weder zu erkennen noch anzugreifen. Richter weist aber darauf hin, dass Stoecker damals seinem Leben eine neue Richtung gewiesen habe.

Dieser neuen Richtung folgend, begann Richter im Februar 1906 im Siechenhaus des Stephansstiftes in Hannover-Kleefeld eine Teilausbildung als Krankenpfleger. Danach arbeitete er als Erziehungsgehilfe in einem Rettungshaus der Inneren Mission in Himmelpforten (Kreis Stade). Zu den jungen Menschen dort hatte er bald ein gutes Verhältnis. Er wurde jedoch fristlos entlassen, als er gegen Arbeitsüberlastung und Quälerei von Jugendlichen durch einen neuen Heimleiter protestierte. In der bodelschwingschen Arbeitskolonie für "die Brüder von der Landstraße" im Schäferhof bei Pinneberg (Schleswig Holstein) vorübergehend aufgenommen, lernte er manch notvolles Menschenschicksal kennen.

In Hamburg hörte er im Oktober 1906 eine Predigt, durch die er sich fortan zum Dienst an Armen und Geringen gerufen wusste. Er machte sich auf den Weg nach Berlin. Nach tagelanger vergeblicher Arbeitssuche erhielt er im Vereinshaus der Allianzgesellschaft, einer "übernationalen freiwilligen Verbindung evangelischer Einzelchristen", eine Stelle als Vereinsdiener. Er war für das Äußere der gottesdienstlichen Feiern verantwortlich, kümmerte sich um die Turnhalle und bediente den für jedermann eingerichteten Mittag- und Abendtisch.

In Berlin suchte er den Stoecker-Kreis auf und wurde kurz vor Beendigung seines 22. Lebensjahres, Mitglied der Christlich-sozialen Partei Stoeckers, die in ganz Deutschland damals nur noch etwa 9000 Mitglieder hatte.

Stoecker hatte versucht, mit dieser politischen Partei, die in der Sozialdemokratie organisierte Arbeiterschaft für Christentum und Vaterland, für den monarchisch-ständischen Obrigkeitsstaat zurückzugewinnen. Die Masse der Arbeiter jedoch verweigerte sich seinem illusionistischen Konzept, mit der Belebung des evangelischen Volksgeistes und einer auf der Liebe zu Gott und Vaterland gebauten Gesellschaft die sozialen Gegensätze im Volk überwinden zu wollen.

Stoecker wandte sich daraufhin vor allem an kleinbürgerlich-mittelständische Schichten, konnte aber am Scheitern seiner politischen Ziele nichts ändern. Einen gangbaren praktischen Weg zu einer gerechteren Sozialordnung vermochte er nicht zu zeigen. Zutiefst konservativ eingestellt, scheute er jede strukturelle Veränderung

des gesellschaftlichen Systems und war weit davon entfernt, etwa wie Christoph Blumhardt, Herrmann Kutter und schließlich Karl Barth, gesellschaftliche Veränderungen an der Seite der Sozialdemokratie anzustreben. Richter erkannte damals noch nicht, dass Stoeckers Partei, wenn sie sich auch christlich und sozial nannte, in Wirklichkeit jene kapitalistischen Mächte förderte, die sie zu bekämpfen vorgab. Wie verhängnisvoll sich Stoeckers Antisemitismus auswirken sollte, ist Richter erst während der Zeit des Faschismus mit großem Schmerz deutlich geworden. Jüdischen Liberalismus, jüdische Kapitalisten und die jüdische Presse bekämpfte Stoecker aus seiner Sicht als destruktive Kräfte, die die Entsittlichung und Entchristlichung der Gesellschaft vorantreiben und so für ihren Zustand mitverantwortlich sind. Obwohl Stoecker sich von rassistischer Diskriminierung abzugrenzen suchte, ließ er sich immer wieder zu scharfen Polemiken und Diffamierungen hinreißen, die fanatische Rassenantisemiten für ihre Zwecke ausnutzten. Zu ihnen zog Stoecker nie eine eindeutige Trennungslinie und trug so zu einer sich verhängnisvoll ausbreitenden Welle des Antisemitismus bei, die weit ins 20. Jahrhundert hineinwirkte. Er bereitete den Boden mit für die Verbrechen der Nazis am europäischen Judentum und das Versagen der christlichen Kirchen angesichts dieser Gräueltaten.

Vom November 1908 bis August 1909 leistete Richter seinen Militärdienst im Infanterieregiment in Königsberg (heute Kaliningrad). Nach einem Unfall vorzeitig entlassen, fand er in Dresden-Altstadt als Sanitätsgehilfe der 2. Sanitätswache des Samariterversains eine Arbeitsstelle im Bereich der Notfallmedizin. Die ungerechte Behandlung durch einen Arzt veranlasste ihn, im Herbst 1909 zu kündigen. Danach arbeitete er in Krankenhäusern und Sanatorien Berlins und bestand dort auch seine Prüfung als Krankenpfleger.

Zu Beginn des 1. Weltkrieges meldete er sich freiwillig an die Front und wurde 1916 als Sanitäter eingezogen. Während des Krieges war er an der Ost- und Westfront eingesetzt und wurde beim Bergen von Verwundeten selbst verletzt. Als man ihn bei Kriegsende als Sanitäts-Vizefeldwebel entließ, war er 32 Jahre alt. Der harte Alltag seiner letzten zwölf Lebensjahre und das Erlebnis des Krieges hatten seine monarchistische Gesinnung und seine Achtung vor den "höheren Ständen" erschüttert. Sehr oft musste er erleben, dass Angehörige jener "besseren Gesellschaft" jämmerlich versagten und ihr patriotisches Geschrei in purer Feigheit verstummte.

Er war ein Feind der lauten Worte geworden. Seinem Vaterland und dem christlich-sozialen Anliegen glaubte er am besten dienen zu können, wenn er nun innerhalb der neu entstehenden politischen Ordnung für größere soziale Gerechtigkeit einträte.

Arbeit in christlichen Gewerkschaften und in der Bewegung des Christlich-Sozialen Volksdienstes

In der Zeit von November 1918 bis Ende 1926 war Richter zunächst als Sekretär der christlichen Gewerkschaften in Dresden und Halle, dann als Geschäftsführer des Deutschen Werkmeisterbundes in Halle und im Raum Siegen tätig, schließlich als Landesleiter der Reichszentrale für Heimatdienst in Königsberg und Dresden. Dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften in Deutschland, der neben vielen katholischen auch evangelische Arbeiter in seinen Reihen vereinte, waren einige große Einzelgewerkschaften direkt unterstellt und kleinere, in Kartellen zusammengefasste Berufsgruppen eingegliedert. Der Deutsche Werkmeisterbund bildete innerhalb der deutschen Angestelltengewerkschaft die stärkste technische

Organisation und vertrat das Prinzip einer "Arbeitsgemeinschaft" zwischen Unternehmern, Arbeitern und Angestellten. Die Reichszentrale für Heimatdienst war dem Auswärtigen Amt unterstellt und sollte der Zivilbevölkerung durch Schriften, Plakate, Filme und Vorträge "überparteiliche" Aufklärung über außenpolitische, soziale und kulturelle Fragen geben. Bei seiner Tätigkeit in diesen drei der Tendenz nach konservativ und antirevolutionär eingestellten Organisationen lernte Richter politische Situationen schnell zu analysieren, geschickt zu handeln und seine Überzeugungen in freier Rede oder in Presseartikeln allgemeinverständlich zu äußern, ohne dass er sich dabei von den unrealistischen und oft demagogischen politischen Ansichten seines unmittelbaren Umfeldes zu lösen vermochte. In der christlichen Gewerkschaftsbewegung gewann er bald das Vertrauen ganz unterschiedlicher Arbeitergruppen und konnte besonders in Sachsen viele neue Mitglieder werben. Einen Höhepunkt seiner Arbeit erlebte er 1920 auf dem Essener Gewerkschaftskongress, als sein Antrag, im Gesamtverband ein Jugendsekretariat mit Jakob Kaiser als Sekretär einzurichten, einstimmig angenommen wurde.

Die politische Heimat der meisten katholischen Arbeiter war damals die Zentrumspartei. Die evangelischen Arbeiter, soweit überhaupt politisch organisiert, kamen zumeist aus der Christlichsozialen Partei, die 1919 in der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) aufging. Richter gehörte in dieser Partei zu jenen, die sich mit anderen christlich-sozialen Kräften Deutschlands 1928 zur Christlich-Sozialen Reichsvereinigung zusammenschlossen. Sie lehnten den pronazistischen Kurs Hugenbergs in der DNVP ab, traten aus der Partei aus und gründeten unter Werner Simpfendörfer die Bewegung des Christlich-Sozialen Volksdienstes (CSVD). Richter war Mitbegründer in Sachsen und gehörte dem Landesvorstand und dem erweiterten Reichsvorstand an. Der CSVD führte in Sachsen seinen Wahlkampf auf dem Fundament kleinbürgerlich-utopischer sozialer Vorstellungen gegen linke wie rechte Parteien auch gegen die NSDAP. Allerdings stimmte die Gesamtpartei im Mai 1933 dem Ermächtigungsgesetz Hitlers zu.

Gefangenenfürsorge

Nach kurzer Ausbildung begann Martin Richter im Februar 1927 seinen Dienst in der Staatlichen Gefangenen- und Straftentlassenen Fürsorge in Dresden, vor allem für die Häftlinge der "Mathilde", der hauptsächlich als Untersuchungsgefängnis genutzten Haftanstalt 2 in der Mathildenstraße. Dieser Dienst hat seinem Wesen vielleicht am besten entsprochen.

Er selbst sieht jene sechs Jahre als wichtigste Periode seines Lebens an. Richter erlebte in den Zellen, dass ihm sein verständnisvolles Zuhören die Herzen der Gefangenen aufschloss, sein Zuspruch und Trost, aber auch seine Ermahnungen angenommen wurden. Er war stets bemüht, neben dem schuldhaften Verhalten des Häftlings auch seine guten Seiten zu sehen. Weil er um seine eigene Schuld vor Gott wusste, blieb er menschlich und bescheiden. Welche Freude war es für ihn, wenn er einem Straftentlassenen, zuweilen mit erheblichen eigenen Mitteln, zu einem neuen Anfang verhelfen konnte, der dann wirklich glückte; welcher Kummer, wenn andere rückfällig wurden, weil ihr Wille zu schwach war und ihnen kein anderer Mensch hilfreich zur Seite stand.

Nach der Machtübernahme durch die Nazis am 30. Januar 1933 erlebte Richter noch, dass die "Mathilde" durch die einsetzenden Massenverhaftungen bald überbelegt war. Aber die Staatliche Gefangenenfürsorge wurde als "marxistische Einrichtung" abgeschafft und, Richter als politisch unzuverlässig entlassen.

Im Kirchenkampf

In seiner Johanneskirchgemeinde in der Pirnaischen Vorstadt Dresdens, einer Gegend, in der nur wenig Arbeiter wohnten, gehörte Richter seit 1919 dem Kirchenvorstand an. Er stand seiner evangelischen Kirche nicht kritiklos gegenüber. Ihm war besonders an der Aktivierung der Laien gelegen. Nach seiner Überzeugung hatte die Kirche nur als lebendige Gemeindekirche eine Zukunft. Deshalb schloss er sich bereits in den zwanziger Jahren dem Volkskirchlichen Laienbund an und leitete dessen Gruppe in seiner Gemeinde.

Die Ignoranz der sozialhistorischen Umbruchprozesse des 19. und 20. Jahrhunderts durch die protestantischen Kirchen, ihre antirevolutionäre und antisozialistische Haltung belasteten ihr Verhältnis zu den evangelischen Arbeitern.

Richter betrachtete dies mit Besorgnis. Zusammen mit evangelischen christlichen Gewerkschaftlern hatte er ein Arbeitsprogramm verfasst und dem Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium in Dresden als Eingabe überreicht, auf die er, bedingt durch die Ereignisse des Jahres 1933 keine Stellungnahme mehr erhielt. Das Material verbrannte während des Krieges.

Das Jahr 1933 nennt Richter das schwärzeste in der deutschen Geschichte. Damals seien Parteien und Gewerkschaften nicht ohne eigene Schuld dem Tyrannen zum Opfer gefallen. Auch die evangelische Kirche in Deutschland versagte. Sie öffnete sich weithin bereitwillig den nationalistischen und antisemitischen Bestrebungen der Politik Hitlers. Das erklärte Ziel Hitlers war die Gleichschaltung von Staat und evangelischer Kirche. Dabei konnte er sich auf die Vertreter der Glaubensbewegung Deutscher Christen (DC) stützen, die in seiner Macht eine göttliche Offenbarung sahen und unter anderen bestrebt waren, Bibel und Kirche von allem "undeutschen jüdischen Geist" zu reinigen. Eine einheitliche, starke deutsche Reichskirche sollte geschaffen werden, deren Verfassung am 11. Juli 1933 von den Vertretern aller 28 Landeskirchen einstimmig angenommen wurde. Es gelang den DC 1933, in fast allen Landeskirchen die Macht an sich zu bringen, oft mit Hilfe staatlicher Manipulationen, so auch im Land Sachsen. Die von den DC okkupierten Landeskirchen wurden die "zerstörten" genannt, im Gegensatz zu den drei „intakten" von Bayern, Württemberg und Hannover, in denen sich die Bischöfe Hans Meiser, Theophil Wurm und August Marahrens gegen die DC behaupten konnten.

Pfarrernotbund in Sachsen

Zwei Ereignisse trugen 1933 wesentlich dazu bei, dass Pfarrer und Gemeindemitglieder sich auf den eigentlichen Auftrag ihrer Kirche neu besannen: Zum einen erinnerte der Bonner Theologe Karl Barth in seiner Streitschrift "Theologische Existenz heute" die Kirche daran, dass sie ihren Führer in Jesus Christus habe und warnte die evangelische Christenheit eindringlich davor, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzugehen und so ihren Herrn Jesus Christus zu verraten. Zum anderen erkannten viele, dass sich die Lehre der DC auf ihrer Großkundgebung im Berliner Sportpalast in November 1933 als Irrlehre erwies. Als auch getaufte Juden in den Anwendungsbereich des schmähhlichen "Arierparagraphen" einbezogen wurden, gründete Martin Niemöller mit weiteren Theologen in September 1933 in Berlin den Pfarrernotbund, der bald in allen Landeskirchen zahlreiche Anhänger

fand, auch in Dresden, wo Superintendent Hugo Hahn seine sächsischen Amtsbrüder im Oktober 1933 aufrief, sich dem Pfarrernotbund anzuschließen. Richter erinnert sich, dass drei seiner vier Gemeindepfarrer Mitglieder wurden, der vierte sei wohlwollend neutral geblieben. Auch die Gemeindeglieder begannen sich damals zu sammeln, in Dresden in zwei eindrucksvollen Bekenntnisdiensten, die von Pfarrer Lieschke und Superintendent Hahn in der ehemaligen Jakobikirche gehalten wurden. In seiner Gemeinde hatte Richter schon vorher zu einer Veranstaltung des Volkskirchlichen Laienbundes aufgerufen, die stark besucht war und ganz im Zeichen des Pfarrernotbundes und der sich bildenden "Gemeindebewegung freie Volkskirche" gestanden hatte.

Weil die zahlreichen Anmeldungen für den Pfarrernotbund und dessen Organisation nicht mehr allein zu bewältigen waren, stellte Superintendent Hahn Martin Richter, der nach seiner Entlassung aus der Gefangenenfürsorge immer noch keine rechte Arbeitsstelle gefunden hatte, am 7. Januar 1934 als Hilfskraft ein. In jenen Wochen begann eine jahrelange herzliche Freundschaft zwischen Hahn und Richter. Allerdings gewöhnten sich damals einige Notbundpfarrer daran, vielleicht begünstigt durch Richters bescheidenes Auftreten, in ihm nur einen Bürohilfsangestellten zu sehen. Diese Geringschätzung hat Richter tief verletzt.

Ende Januar 1934 wurde Richter denunziert, zusammen mit anderen festgenommen und für kurze Zeit in die Dresdner Polizeihaftanstalt verbracht. Die näheren Umstände der Verhaftung sind heute nicht mehr zu klären, sicher stand sie im Zusammenhang mit Richters Tätigkeit für den Pfarrernotbund. Die Verhöre, denen außer zwei weiteren zeitweiligen Verhaftungen später noch zahlreiche Vernehmungen durch die Gestapo folgen sollten, haben Richter weniger belastet als die Tatsache, dass er dort als Gefangener ehemaligen Arbeitskollegen begegnete und aus deren Munde Bemerkungen hören musste, wie: "Herr Fürsorger, dass wir uns einmal so wiedersehen würden, hätten wir doch nicht gedacht." Damals begannen Freunde aus den Reihen der Bekenntnenden Kirche - nun selbst durch Verhöre und Repressalien der Nazis betroffen - Martin Richter zu verstehen, der schon im Frühjahr 1933, damals allerdings noch vergeblich, auf die Notwendigkeit von Hilfsmaßnahmen für die vielen Verhafteten hingewiesen hatte.

Teilnahme an den Bekenntnissynoden in Barmen und Dahlem

Gemeinsam mit Hahn und weiteren sächsischen Vertretern nahm Richter am 22. April 1934 in Ulm an jenem Gottesdienst teil, auf dem die Bekennende Kirche (BK) als Zusammenschluss von Pfarrernotbund und bekennnistreuer Gemeindebewegung geboren wurde. Angesichts des großen Gegensatzes zwischen intakten und zerstörten Kirchen war es ein ganz besonderes Ereignis, dass sich vom 29. bis 31. Mai 1934 in (Wuppertal)-Barmen bekennnistreue Vertreter aller zerstörten Kirchen mit Vertretern der drei intakten Kirchen zu einer Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche zusammenfanden und dort einstimmig eine gemeinsame Erklärung verabschiedeten, die im Zentrum des weiteren Kirchenkampfes stehen sollte. Sie verwarf deutlich eine angebliche Offenbarung Gottes in Adolf Hitler. Jesus Christus ist das eine Wort Gottes, außer diesem sind keine anderen Ereignisse oder Mächte als Gottes Offenbarung anzuerkennen.

Richter hatte die Barmer Synode miterlebt und erinnert sich in seinen späteren Aufzeichnungen daran, dass die Laien in den Ausschüssen der Synode nur schwach vertreten waren. Dr. Reinhold von Thadden-Trieglaff aus Pommern hätte sie ab und

an vom Fortgang der Beratungen unterrichtet. Als sich aber bei den Theologen "immer neue Formulierungseinwände erhoben, griffen wir hart ein. Wir hielten eine Sonderberatung ab und ließen mitteilen, wir Laien würden abreisen, wenn die vorgelegte Erklärung nicht endlich in kürzester Frist zum Beschluss erhoben würde. Das wirkte kräftig. Wir kamen zum Ziel. Es war ein selten großer Augenblick der Kirchengeschichte, dass angesichts staatlicher Gewaltmaßnahmen Lutheraner, Reformierte und Unierte sich gemeinsam auf eine streng christliche Kundgebung einten. Es war ein dankbares Glücksgefühl, das alle erhellte. Vielen standen Freudentränen im Gesicht, viele umarmten sich."

Die Barmer Theologische Erklärung bestimmte künftig Richters kirchliche und politische Entscheidungen: Jesus Christus wurde auch für ihn Gottes gnädiger Zuspruch und Anspruch auf sein ganzes Leben und die Kirche die Gemeinde von Brüdern, befreit zum Dienst an Gottes Geschöpfen (2.u.3. These der Barmer Erklärung).

Nach der Ulmer Tagung hatten sich auch in Sachsen der Pfarrernotbund und die Gemeindebewegung zusammengeschlossen, zunächst zur Bekenntnisgemeinschaft und später zur Evangelisch-lutherisch bekennenden Kirche Sachsens. Sie bildete analog dem Reichsbruderrat in Barmen in Dresden einen Landesbruderrat, der im Juli 1934 unter Hugo Hahn seine Tätigkeit aufnahm und dem auch Richter als Laie angehörte. Die Geschäftsführung wurde Reimer Mager übertragen, einem ehemaligen christlichen Gewerkschaftssekretär und Freund Richters. Richter wurde als Reisesekretär angestellt und lernte nach und nach alle sächsischen BK-Gemeinden kennen. Außerdem war er für den Schriftenversand verantwortlich. Das galt zunächst für die "Nachrichten" (Auflage 30000), die bald verboten wurden, später für hektographierte Informationen und auch für die Schriftenreihe der Bekennenden Kirche in Sachsen, in der von Richter selbst 1936 und 1937 zwei Titel erschienen, die sich mit der aktuellen Situation der Kirche beschäftigten.

„In Wirklichkeit gegen Behauptung“ entlarvt Richter die angebliche Neutralität der NSDAP im Kirchenkampf und die diffamierenden Angriffe auf die Bekennende Kirche durch die Deutschen Christen. Den Weg der Bekennenden Kirche dokumentiert er anhand ihrer Bekenntnissynoden in seiner Schrift "...dass deine Kirche nicht stumm werde". Er hatte als Synodaler an den Bekenntnissynoden der Deutschen Evangelischen Kirche in (Berlin)-Dahlem im Oktober 1934, in Augsburg im Juni 1935 und in Bad Oeynhausen im Februar 1936, außerdem an der sächsischen BK-Synode im September 1935 in Dresden-Trinitatis teilgenommen. Die Dahlemer Synode am 19. und 20. Oktober 1934 zog aus der Theologischen Erklärung von Barmen die Konsequenz, dass auch Recht und Ordnung der Kirche ihre Gestalt von Wort Gottes her gewinnen müssten. Die Synodalen proklamierten ein "Kirchliches Notrecht" und erkannten allen Behörden der DC ihre kirchenleitenden Funktionen ab. Nur noch die Bruderräte und andere Gremien der BK sollten als Kirchenleitungen gelten. Dies erwies sich in der Praxis als äußerst kompliziert und verlangte von den entschiedenen Vertretern der Dahlemer Beschlüsse den "Dahlemiten", große Opfer. In der BK bildeten sich zwei Lager. Auf der einen Seite standen die Dahlemiten, vor allem in den Kirchen der Altpreußischen Union, von der 2. Vorläufigen Kirchenleitung (2.VKL) angeführt und später in der Konferenz der Landesbruderräte (Kodlab) zusammengefasst und auf der anderen Seite die lutherischen Kirchen, die sich im Rat der evang.-luth. Kirche Deutschlands (Lutherrat) zusammen schlossen. Die sächsische BK nahm eine gewisse vermittelnde Haltung ein. Sie schloss sich 1936 dem Lutherrat an, ließ aber ihre Kontakte zur 2. VKL nicht ganz abreißen.

Richter hatte im Landesbruderrat gegen den sächsischen Anschluss an den Lutherrat gestimmt und war auch den gottesdienstlichen Feierlichkeiten anlässlich dieses Ereignisses ferngeblieben. Nach Möglichkeit nahm er an allen Sitzungen der

2. VKL und der Kodlab persönlich teil. Er gehörte im Landesbruderrat und in der BK Sachsens zu jenen Laien und Theologen, die dem Dahlemer Weg treu zu bleiben versuchten und die sich bis zum Kriegsende aller zwei Monate unter der Leitung von Pfarrer Carl (Cotta bei Pirna) im damaligen Chemnitz trafen.

1937 heiratete Richter nach dem Tode seines ältesten Halbbruders Paul dessen Witwe Maria Ziegenfuß, geb. Gäbler. Superintendent Hahn traute das Paar am 14. September 1937 in der Johanneskirche. Ihr Sohn Werner erhielt den Namen Richter und zog mit der Mutter in die Wohnung in der Mathildenstraße. Die aufrechte, stille Frau war Richter Halt und Ruhepunkt in seinem bewegten Leben. Frau Richter hat ihren zweiten Mann noch um 28 Jahre überlebt.

Geschäftsführer im Landesbruderrat der Bekennenden Kirche

Für Richter und die sächsische BK war es ein schwerer Schlag, als der faschistische Reichsstatthalter Mutschmann Hugo Hahn im Mai 1938 aus dem Freistaat Sachsen auswies. Auch der Theologe Friedrich Delekat, ein dahlemitisches Mitglied des Dresdner Landesbruderrates, wurde als Professor der TU in Dresden durch die Nazis in den Ruhestand versetzt. Beide erhielten durch Bischof Wurm in der württembergischen Landeskirche eine Zuflucht und bekamen dort Pfarrämter übertragen, Hahn in Sedelfingen bei Stuttgart. Karl Fischer, in Dresden-Trinitatis, führte Hahns Aufgaben im Landesbruderrat und in der BK bis zu seinem eigenen frühen Tod im Herbst 1941 in hervorragender Weise fort. Zu Kriegsbeginn hatte die sächsische BK mit dem DC-Landeskirchenamt einen "Burgfrieden" geschlossen, der beurlaubten Vikaren und Pfarrern eine Rückkehr ins Amt ermöglichte. Dagegen legte Richter als Dahlemit scharfen Protest ein. Er hätte sich eigentlich vom Landesbruderrat trennen müssen, allein, er hatte sein Wort gegeben, es in Sachsen nicht wie in Pommern oder Schlesien zur Spaltung der Bekennenden Kirche kommen zu lassen. Er übernahm die Geschäftsführung des Landesbruderrates, als Reimer Mager nach Kriegsbeginn Soldat werden musste.

Seit 1936 hatte sich Pfarrer Heinrich Grüber in Berlin verfolgter "Nichtarier" und Juden angenommen. Nach der Reichspogromnacht von 9./10. November 1938 wurde Martin Richter vom Landesbruderrat die Vertretung des "Büros Grüber" für Ostsachsen übertragen. In seinen Lebenserinnerungen berichtete er wohl aus Bescheidenheit - nichts Näheres über seine Erlebnisse bei der Betreuung von „nichtarischen" und jüdischen Bürgern. Er denkt aber sehr dankbar an zwei treue Helfer bei dieser schwierigen Aufgabe, an den damaligen Amtsgerichtsdirektor Feder aus Chemnitz, der 1945 beim Angriff auf Dresden in einem "Judenhaus" ums Leben kam, und den ehemaligen Direktor der Girobank, Geheimrat Max von Loeben, der dann im August 1945 in Sachsen die CDU mitbegründete. Jene Tätigkeit brachten Richter weitere Verhöre bei der Gestapo ein. Dass aber ausgerechnet er als ehemaliger Anhänger Stoeckers, dessen Antisemitismus so viele Protestanten beeinflusst hatte, diesen Dienst an bedrängten jüdischen Bürgern tun durfte, erscheint ihm aus der Rückschau als Zeichen der wunderbaren Gnade Gottes.

Um dem Druck des Gewissenskonfliktes wegen des "Burgfriedens" mit der "DC" zu entgehen und sich dem womöglich drohenden Zugriff der Gestapo zu entziehen, meldete er sich freiwillig zur Wehrmacht. Ein Dienst in Kriegslazaretten schien ihm verantwortbar zu sein.

Er wurde im Juli 1941 als Sanitätsfeldwebel einberufen und tat bis zum Ende des Krieges in verschiedenen Lazaretten in Sachsen und im Westen Deutschlands Dienst. Im April 1945 geriet er in französische Kriegsgefangenschaft.

Im Kriegsgefangenenlager Weißenau arbeitete Richter im Lazarett. Der Ort liegt nördlich vom Bodensee in der Nähe von Ravensburg. Dort war Günther Dehn nach einer vierzehn-monatigen Gefängnishaft in Berlin als Pfarrer tätig. Der evangelische Theologieprofessor war in Halle schon 1932 von den Nazis aufs schärfste bekämpft und 1933 aus dem Dienst entlassen worden und hatte jahrelang illegal im Dienst der BK in Berlin-Brandenburg gearbeitet. Richter, der ihn wegen seiner tapferen dahlemitischen Haltung schätzte, freute sich, dass Dehn bereit war, zu Gottesdiensten und Wochenendzusammenkünften ins Lager zu kommen. Durch seinen eigenen Seelsorgedienst an Mitgefangenen wurde Richter klar, dass er selbst gerade in der notvollen Nachkriegssituation gebraucht wurde und dass es seine Aufgabe sei, nach der Rückkehr in seine Heimat am allgemeinen wie am kirchlichen Wiederaufbau mitzuarbeiten. Nach seiner Entlassung am 26. Juni 1945 machte er sich zunächst auf den Weg nach Stuttgart, um dort mit Hugo Hahn, Friedrich Delekat und Bischof Wurm die kirchliche Lage zu beraten. Wurm lud ihn zu der für Ende August geplanten Kirchenführerkonferenz nach Treysa bei Kassel ein und bat ihn, diese Einladung den Brüdern in Dresden und möglichst auch in Berlin zu übermitteln. Nach tagelanger mühevoller Reise zu Fuß oder auf Trittbrettern überfüllter Züge traf er am 19. Juli 1945 in Dresden ein. Das Ausmaß der Zerstörung übertraf seine Vorstellungen. Auch seine Wohnung in der Mathildenstraße war ausgebombt, in Dresden-Neustadt, in der Theresienstraße, erhielten er und die Seinen zunächst eine Notunterkunft.

Von Freunden erfuhr er, dass der sowjetische Stadtkommandant bereits am 9. Mai 1945 den früheren SPD-Stadtrat Dr. Rudolf Friedrichs als kommissarischen Oberbürgermeister von Dresden eingesetzt habe. Dem neugebildeten Stadtrat gehörten u.a. Elsa Fenske (KPD) und Hermann Matern (KPD) an. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) gebe allen demokratischen Kräften die Möglichkeit, Parteien zu gründen. Tatsächlich hatten von Berlin aus die KPD und die SPD schon mit ihrer Neuformierung begonnen, und auch die Schaffung einer freien Einheitsgewerkschaft war bereits im Gange. Außerdem war es am 26. Juni 1945 in Berlin zur Gründung der Christlich-Demokratischen Union gekommen, einer antifaschistisch-bürgerlich-demokratischen Partei, deren Gründungsauftrag die gerechte Bestrafung der Kriegs- und Naziverbrecher und die Verstaatlichung der Bodenschätze und monopolartiger Schlüsselbetriebe forderte, die eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung begrüßte, für umfassende ländliche und gärtnerische Siedlungen unter Heranziehung des Großgrundbesitzes plädierte und zugleich das Privateigentum und das private Handwerk bejahte. Zu diesem Zeitpunkt wusste man allerdings von der Berliner CDU-Gründung in Dresden noch nichts. Dort bereitete man sich gerade darauf vor, eine eigene christliche Partei ins Leben zu rufen. Der heimkehrende Richter sollte auf jeden Fall dabei mitarbeiten.

Der Aufbau der CDU in Sachsen

Am 21. Juli 1945 konstituierten sich in Dresden die "Freunde der Christlich-Sozialen-Volkspartei". Ihr geschäftsführender Arbeitsausschuss unter dem Vorsitz des ehemaligen Deutschnationalen Hugo Hickmann, dem auch Richter angehörte, sollte mit Vertretern weiterer christlicher Parteigründungen in Sachsen und mit der sowjetischen Besatzungsmacht Verbindung aufnehmen. Den Berliner Gründungsauftrag der CDU kannte man in Dresden, wie ausgeführt, noch nicht. Schon wenige Tage später reiste Richter nach Berlin, damals ein anstrengendes Unternehmen. Er war bevollmächtigt, mit der Berliner christlichen Partei zu

verhandeln. Er traf gerade während einer Vorstandssitzung in ihrer Zentrale ein. Eine Einigung wurde bald erzielt. Bei dieser Gelegenheit sah Richter Jakob Kaiser wieder, der, als Mitverschwörer bei dem missglückten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 bis Kriegsende in Berlin versteckt, überlebt hatte. Von den Umsturzplänen war Richter durch Kontakte mit Kaiser unterrichtet gewesen. In Berlin begegnete er auch Otto Nuschke zum ersten Mal. Beide haben sich später gegenseitig hoch geschätzt. Die neugegründete Partei in Dresden glich sich dem Berliner Parteinamen an und ließ sich im August beim Stadtkommandanten der SMAD als Christlich-Demokratische Union registrieren. Ihr Arbeitsausschuss wurde als Geschäftsführender Vorstand für das Land Sachsen bestätigt. Der Berliner Gründungsaufwurf wurde mit geringfügigen Änderungen am 25. August 1945 in Dresden auf Plakaten veröffentlicht. Von seinen 30 Unterzeichnern, unter ihnen Martin Richter, kamen Franz Jentsch, Carl Ulbricht, Hans Lanka und Paul Nowak vom ehemaligen Zentrum bzw. den christlichen Gewerkschaften und Edmund Haupt, Dr. Max Georg von Loeben und Fritz Riebold neben anderen aus der BK. Hugo Hickmann und Walter Lindner hatten früher der Deutsch-Nationalen Volkspartei angehört.

Als Walter Feurich Mitte September 1945 die Geschäftsführung der BK übernahm, konnte sich Richter, der zuvor in diesem Amt den organisatorischen Neuaufbau der Sächsischen Bekennenden Kirche eingeleitet hatte, ganz seinen Aufgaben in der CDU widmen. Er hatte Vorbereitungen für die Herstellung einer Dresdner Parteizeitung getroffen. Dank seiner Bemühungen erschien "Die Union" am 5. Januar 1946 zum ersten Mal. Richter wurde Verlagsleiter. Er übernahm den Vorsitz des CDU Kreisverbandes Dresden und vertrat seine Partei im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien (Antifa-Block), der nach Berliner Vorbild im September 1945 auch in Dresden gebildet worden war, um die großen Aufgaben bei der Beseitigung des Faschismus, bei der Demokratisierung und beim Wiederaufbau der .Wirtschaft mit vereinten Kräften zu lösen. Mit Nachdruck unterstützten alle Funktionäre der CDU den Volksentscheid über die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher 1946 in Sachsen. Martin Richter und viele andere äußerten sich verschiedentlich auf öffentlichen Veranstaltungen dazu.

Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte hatten Christen verschiedener Konfessionen eine politische Partei gebildet, "die von vornherein die Beteiligung am Kampf um den Frieden und um eine neue Demokratie und den sozialen Fortschritt an der Seite der Arbeiterklasse zu ihrem Programm erhob..." (Thesen zur Geschichte der CDU).

Für den weiteren Aufbau der CDU in Sachsen erwiesen sich Richters umfangreiche persönliche Kontakte als sehr wertvoll. Viele BK-Mitglieder konnten für die Mitarbeit in der Partei gewonnen werden. Von den zahlreichen Pfarrern, die das Profil der sächsischen CDU mitprägten, seien hier besonders Pfarrer Walter Kaiser (Dresden-Leuben), ehemals Mitglied der schlesischen BK und KZ-Häftling in Dachau, und der tapfere Antifaschist Erzpriester Ludwig Kirsch (Chemnitz) erwähnt, der bis zu seinem frühen Tod 1950 eine wichtige Rolle in der Partei spielte.

Die Mitarbeit am Aufbau der CDU lag Richter sehr am Herzen. So manchem jüngeren CDU-Mitglied wurde er politischer Berater und väterlicher Freund. Das bezeugte u.a. Dr. Walter Riedel aus Dresden, langjähriger Volkskammerabgeordneter der CDU, in großer Dankbarkeit. Gute Zusammenarbeit mit katholischen Parteimitgliedern wie Pfarrer Kirsch oder Carl Ulbricht war für Richter selbstverständlich. Die Erfahrung, dass es in der Partei katholische Kräfte gab, die aus egoistischem Ehrgeiz intensiv gegen ihn intrigierten, schmerzte ihn deshalb sehr. Er wurde 1946 sowohl aus der Zeitung "Die Union" als auch aus seinem Amt als Kreisverbandsvorsitzender gedrängt. Aus vorliegenden Briefen geht hervor, dass

Richter außerdem bei Oberbürgermeister Weidauer mit der Behauptung, er habe vor 1945 Nazischriften geschrieben, denunziert wurde, um ihn politisch ganz auszuschalten.

Richter weist in Briefen an Hickmann, der diese Machenschaften anscheinend nicht durchschaute, warnend darauf hin, dass jene nur ihre persönlichen ehrgeizigen Interessen vertraten, die der Partei schaden. U.a. nennt er die Namen von Hans Lanka und Josef Rambo. Es beeindruckte ihn aber sehr, dass es nicht Vertreter seiner Partei, sondern der Marxist Walter Weidauer war, der die Zusammenhänge durchschaute und Richters politische Ehre rettete.

Erneut vor sozialen Herausforderungen

Nach den Kommunalwahlen im Herbst 1946 wurde Richter am 10. Oktober neben Walter Weidauer, der als Oberbürgermeister bestätigt wurde, zum zweiten der drei Dresdner Bürgermeister gewählt. Dabei wurde ihm als Dezernat das weitverzweigte Sozialamt übertragen, so dass er seine Lebenserfahrungen auf sozialem Gebiet vielseitig anwenden konnte. In den folgenden Jahren waren ihm der Ausbau und Aufbau von Altersheimen dabei ein wichtiges Anliegen.

Am 24. Oktober 1945 wurde in Dresden auf einer großen Konferenz von Hermann Matern die Volkssolidarität (VS) ins Leben gerufen. Sie trat gleichzeitig mit einem Aufruf „Volkssolidarität gegen Wintersnot“ an die Öffentlichkeit. Bis 1950 zum Ende seines 65. Lebensjahrs, wurde Richter erster, danach zweiter Vorsitzender ihres Landesausschusses in Sachsen. Dieser ehrenamtlichen Aufgabe widmete er sich mit großem Geschick und ganzer Hingabe. In Maria Hampel, Mitbegründerin der CDU in Dresden, gewann er für mehrere Jahre eine tüchtige Mitarbeiterin. In Breslau hatte sie der Bekennenden Kirche angehört.

Aus dem Flugblatt "Zahlen und Tatsachen", das die Arbeitsergebnisse der VS in Sachsen nur aus dem ersten Jahr ihres Bestehens auflistet, hier einige Fakten, die für sich sprechen. Geldspenden wurden in Höhe von 33 850 169,29 Mark gesammelt. Damit wurden u.a. nachstehende Leistungen finanziert:

- 20 Kinderheime wurden neu geschaffen;
- 60 Kinderheime und Kindertagesstätten wurden zusätzlich mit wichtigen Lebensmitteln versorgt;
- an den zerstörten Großstädten Sachsens und in den sächsischen Notstandsgebieten Görlitz, Weisswasser und Hoyerswerda erhielten 595 430 Kinder Schulspeisung;
- durch die Aktion "Schafft Ferienplätze" konnten sich 52 000 Kinder vorzüglich erholen;
- 168 Näh- und Schumacherstuben wurden eingerichtet und hauptsächlich von den Frauenausschüssen betrieben;
- durch den Bahnhofsbetreuungsdienst wurden an Umsiedler, Heimkehrer und Kinder zwei Millionen Essensportionen ausgeteilt;
- an die Bevölkerung der sächsischen Notstandsgebiete wurden 3 400 Stück Lebewiehe, 1 400 landwirtschaftliche Maschinen und 15 000 kg Saatgut ausgegeben;
- von den Kumpeln in den Kreisen Hoyerswerda und Zittau wurden 496 379 Zentner Kohle zusätzlich gefördert und an besonders Bedürftige verteilt;
- außerdem wurden durch einen vorübergehenden Jugendsonderarbeitsdienst fast 10 000 Jugendliche erfasst und viele von ihnen umgeschult und in Bau und Mangelberufe gebracht.

In den ersten Nachkriegsjahren gehörten in Sachsen auch die evangelische und die römisch katholische Kirche als Organisation der VS an. Beide haben ihr mehrfach große Geldspenden übergeben. Auch der Kreuzchor konzertierte zugunsten der VS. Neben all diesen materiellen Leistungen hielt Richter die Tatsache für besonders wichtig, dass sich in der VS Menschen verschiedener Herkunft und Weltanschauung vereinten, um gemeinsam die große Not abzuwenden und einen neuen Anfang zu machen. In seinem Aufsatz " Fünf Jahre Volkssolidarität" charakterisiert Richter die Gründung der VS als Großtat des jungen Antifaschistischen Blocks. Nach dem Aufruf, den Kindern ein echtes Kinder-Weihnachten zu bereiten, habe die Mutlosigkeit der Bevölkerung zu weichen begonnen und sei ein besseres Deutschland erwacht. Auch der Aufruf, Werkstätten und Fabriken wieder aufzubauen, Gärten und Felder neu zu bestellen, aus Altem, Zerbrochenem Neues zu schaffen, habe schnell ein lebhaftes Echo gefunden. So sei die VS bald aus den Sälen auf Straßen und Plätze gegangen und habe dort ihre Kundgebungen abgehalten. Richters Dank aber galt den vielen ehrenamtlichen Volkshelfern, deren unermüdlicher Einsatz für das Gelingen der VS von entscheidender und bleibender Bedeutung sei.

Noch heute trifft man zuweilen auf Menschen, die Martin Richter in jenen schweren Jahren des Neubeginns begegnet sind. Er habe ein offenes Auge und Herz für die Nöte seiner Mitmenschen gehabt. Äußerlich mochte er manchmal streng und gerecht erscheinen. Dahinter verbarg sich seine Güte. Wenn es um die Sache ging, konnte er unnachgiebig und mutig kämpfen.

Persönlich war er bemüht, seinen Mitmenschen zu verzeihen und in Frieden zu leben. Das Wissen um die eigenen Grenzen, um eigenes Versagen bewahrte ihn vor Überheblichkeit. In einem Glückwunsch zu seinem 65. Geburtstag schrieb ihm die Heimbewohnervertretung des Feierabendheimes Dresden - Klotzsche: „Immer wenn Sie bei uns gewesen sind, und zu uns gesprochen haben, haben wir von Ihrer Person den Eindruck gehabt, dass Sie Ihr ganzes Leben als Aufgabe betrachtet haben, es auch als Aufgabe Gottes betrachten, Hand und Herz für uns Alte zu öffnen und unser Bestes im Auge zu haben.“

Neuanfang in der Kirche

Auch die sächsische Kirche stand nach Kriegsende vor der Notwendigkeit des Neubeginns. Unter der verdienstvollen Leitung des Juristen Geheimrat Erich Kotte und des Theologen Landesuperintendent Franz Lau wurde der organisatorische Wiederaufbau des zerstörten Landeskirchenamtes vollzogen. An der Spitze der BK in Sachsen stand wieder ein intakter Landesbruderrat, dem auch Martin Richter angehörte. Während seiner Berlin-Reise im Juli 1945 konnte Richter an der ersten Synode der Bekennenden Kirche nach dem Kriege in Spandau teilnehmen, dort über die Lage der Kirche in Stuttgart und Dresden berichten und auch die Einladung Bischof Wurms zur Kirchenführerkonferenz in Treysa weitergeben.

Ende August 1945 gelang Richter als einzigem aus Sachsen die tagelange, gefährvolle Reise nach Treysa. Besonders bewegend war für ihn, neben vielen anderen Mitstreitern aus der Bekennenden Kirche auch Karl Barth und Martin Niemöller wiederzusehen, Richter erlebte die Wahl zum Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Ihm gehörten Lutheraner, u.a. Hahn, Unierte, u. a. Niemöller und Reformierte an. Vorsitzender wurde Bischof Wurm.

Die Stuttgarter Schulderklärung des Rates der EKD vom Oktober 1945 begrüßte Richter von Herzen. Er sah darin die Voraussetzung für einen wirklichen Neuanfang in der Kirche, der sich außerdem auf die theologische Erklärung von Barmen gründen müsse: So befreie Jesus Christus seine Kirche von ihren gottlosen Bindungen und rufe jeden einzelnen Christen zum Dienst in Kirche und Welt, auch in seine politische Verantwortung. Als Karl Barth vom 9. bis 11. August 1947 auf Einladung des Landesbruderrates der BK in Dresden weilte, griff er in seinem Gemeindevortrag "Die Kirche, die lebendige Gemeinde des lebendigen Herrn Jesus Christus" in der überfüllten Martin-Luther-Kirche gerade dieses Thema auf.

In einem Brief an seine Angehörigen berichtet Barth: "Bürgermeister Richter hielt mir eine Rede bei der ich immer kleiner wurde, weil er mich als den Lehrer etc. etc. fast bis auf den Mond erhoben hatte. Erste schöne Überraschung. In dem armen und wirklich ganz russischen Sachsen ist die BK noch beieinander, wie ich es im übrigen Deutschland so noch nirgends gesehen habe, und nun eben als Laienkirche. Martin Richter ...holte mich...im Auto ab zu einer Rundfahrt durch die nun wirklich (ich habe doch Vieles gesehen) exzeptionell schrecklich zerstörte Stadt Dresden. Was mir aber noch mehr auffiel, war dies, dass gerade dort schon jetzt in einer Pünktlichkeit aufgeräumt ist und noch wird, die ich so ebenfalls noch nirgends angetroffen habe." (Karl Barth, Klärung Wirkung Aufbruch, Berlin 1986, S.365).

Durch den Landeskirchlichen Beirat war Hugo Hahn einstimmig zum Landesbischof für Sachsen bestimmt worden. Da er aber durch früher gemachte antibolschewistische Äußerungen belastet war, stagnierten die diesbezüglichen Verhandlungen des sächsischen Landeskirchenamtes mit der MAD. Martin Richter gebührt das Verdienst, die Gespräche neu belebt und die Erlaubnis für Hahns Rückkehr nach Sachsen erwirkt zu haben, Es stellte in seinem Leben einen besonderen Höhepunkt dar, dass er Hugo Hahn in seinem Dienstauto nach Dresden zurückholen und am 21. Oktober 1947 im Meißner Dom seine Bischofseinweisung durch Bischof Wurm miterleben konnte.

In seiner St.-Michaelis- Kirchengemeinde in Dresden-Bühlau gehörte Richter ab 1947 als stellvertretender Vorsitzender dem Kirchenvorstand an. Er wurde zum Synodalen der sächsischen Landessynode gewählt, in die sächsische Kirchenleitung berufen und vertrat außerdem Sachsen in den Synoden der „Evangelischen Kirche Deutschlands“ und der „Vereinigten Lutherischen Kirche Deutschlands“.

Die Spaltung Deutschlands

Die Einheit Deutschlands zu erhalten, war das erklärte Ziel aller Blockparteien. Als sich 1947 die Anzeichen für eine drohende Spaltung des Landes durch die Westmächte verstärkten, rief die SED für Dezember 1947 zu einem deutschen Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden auf. Die von ihm gewählten Vertreter sollten auf der anschließenden Londoner Außenministerkonferenz den Einheitswillen des deutschen Volkes bekunden. Jakob Kaiser und Ernst Lemmer, die damaligen Vorsitzenden der CDU in Berlin, lehnten im Gegensatz zu den Vorsitzenden der meisten Landesverbände eine Teilnahme an diesem Volkskongress ab.

Otto Nuschke und andere fortschrittliche Kräfte aber sahen im Volkskongress eine Möglichkeit zu nationaler Selbsthilfe und nahmen teil. Unter ihrem Druck mussten Kaiser und Lemmer, die das Vertrauen der SMAD hatten, aus der CDU-Führung ausscheiden. An ihre Stelle trat bald Otto Nuschke, der sich mit an die Spitze der

Volkskongressbewegung stellte und sich eindeutig zur Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte im „Dienst am Volk“ bekannte.

Martin Richter gehörte zu den Funktionären der CDU, die dem Weg Otto Nuschkes zustimmten. Durch das Darmstädter Bruderratswort zum politischen Weg unseres Volkes vom August 1947 sah er sich in seiner Haltung bestätigt, da es politische Irrwege der Kirche, so u.a. die falsche Bindung zwischen Thron und Altar und die Ablehnung aller gerechten revolutionären Veränderungsbestrebungen durch die Arbeiter, die ja auch lange Zeit Richters Irrwege gewesen waren, vor Gott als Schuld bekannte. Sein Verhältnis zu den Vertretern der Arbeiterklasse hatte sich im Laufe seines Lebens grundlegend gewandelt, Die Anfänge der Verfolgungen der Marxisten durch die Nazis hatte er ja Anfang 1933 in der "Mathilde" selbst noch miterlebt. Genaueres über ihren mutigen Kampf gegen den Faschismus und ihr tapferes Leiden in Gefängnissen und Konzentrationslagern war ihm erst nach 1945 bekannt geworden und hatte ihn tief betroffen gemacht. Nun führten ihn die Tagespolitik mit Marxisten zusammen. Manchmal stritten sie miteinander, vor allem aber wurden viele Probleme gemeinsam angefasst und gelöst. Richter fand Menschen, auf die er sich verlassen konnte und die sein Vertrauen erwiderten. Walter Breitmann z.B., der von 1952 an im Rat des Bezirkes Dresden für viele Jahre das Referat "Verbindung mit den Kirchen" leitete, war Richter fast freundschaftlich verbunden. Dem guten Verhältnis zwischen Richter und einigen Marxisten ist es sicher mit zu verdanken, dass es in den ersten Jahren der Existenz der DDR im Dresdner Raum zwischen Staat und Kirche weniger Schwierigkeiten und Missverständnisse gab als anderswo. Bekanntlich war die DDR als Antwort auf die offizielle Proklamierung der Bundesrepublik Deutschland im September 1949 und nach vorausgegangenen systematischen westlichen Spaltungsmaßnahmen gegründet worden. Diese neue deutsche Republik wurde auch für Richter zur politischen Heimat, wusste er sich doch dem Geiste des Darmstädter Wortes verpflichtet, in großer Nüchternheit und Verantwortung für den Aufbau eines besseren deutschen Staates tätig zu sein.

Im Kampf für den Frieden

Am 4. April 1949 hatten sich die USA, Kanada, Frankreich, Großbritannien und andere westeuropäische Staaten in der NATO zusammengeschlossen, deren Charakter als aggressives Militärbündnis bald offen zutage trat. Ende August 1950 wurde bekannt, dass der Bundeskanzler der BRD, Adenauer, über die Köpfe seiner Minister hinweg den Westmächten einen deutschen Wehrbeitrag angeboten hatte. Bundesinnenminister Heinemann schied unter Protest aus dem Kabinett aus, weil eine Wiederaufrüstung der Bundesrepublik die deutsche Teilung zementieren würde. Damals waren die meisten evangelischen Christen in den beiden deutschen Staaten in zwei Lager gespalten, Viele von ihnen vertrauten dem damaligen Ratsvorsitzenden der EKD Bischof Otto Dibelius, der die Politik Adenauers voll unterstützte. Andere vertraten den Standpunkt des hessischen Kirchenpräsidenten Martin Niemöller, der leidenschaftlicher Gegner der bundesdeutschen Remilitarisierung war, die nicht nur die Wiedervereinigung Deutschlands verhindern würde, sondern außerdem im Atomzeitalter eine ungeheure Kriegsgefahr heraufbeschwor. Niemöller hatte gelernt, jeden Antikommunismus als unchristlich abzulehnen, 1952 fuhr er auf Einladung der Russisch-Orthodoxen Kirche als erster westlicher Theologe nach Moskau.

Martin Richter gehörte in Sachsen zu jenen Christen, die Niemöllers Kampf mit großer Anteilnahme verfolgten und nach Kräften unterstützte. Niemöller war des

Öfteren bei Gemeinden in der DDR zu Gast und suchte dort auch das Gespräch mit Marxisten. Es war Richter eine besondere Freude, dass Niemöller auf dem Hamburger Kirchentag im August 1953 seine Einladung annahm und im Oktober nach Dresden kam. Sein Vortrag in der Bühlauer Kirche über das Kirchentagsthema "Werft Euer Vertrauen nicht weg" bedeutete vielen Christen, auch Richter selbst, eine echte Glaubensstärkung. Seit 1951 wirkte Richter in der Landesleitung des Christlichen Friedenskomitees und in dessen Ausschuss "Christliche Kreise" mit. Er gehörte dem Friedenskomitee in Berlin an und arbeitete nach der Aufteilung der DDR in Bezirke im Vorstand des Kreisfriedensrates von Dresden Stadt und im Bezirksfriedensrat Dresden mit. Auch zu dieser Arbeit fühlte er sich durch das Darmstädter Wort ermutigt.

Im März 1952 wurde er Herausgeber der neuen christlichen Wochenzeitschrift „Verantwortung“, die unter der Schriftleitung von Pfarrer August de Haas von der Reformierten Kirche in Dresden stand und neben Richter vor allem Prof. Emil Fuchs (Leipzig) zu ihren regelmäßigen Mitarbeitern zählte. Sie druckte in Nr. 2 Niemöllers Bericht über dessen Moskaureise ab. Am 20. September 1952 brachte sie einen "Offenen Brief" Richters an den westdeutschen Bundestagspräsidenten Dr. Hans Ehlers, in dem Richter an dessen christliche Friedensverantwortung appellierte. Mit diesem und ähnlichen Briefen an weitere evangelische Politiker in der BRD versuchte Richter zur Verhinderung der Integration der BRD in das westliche Militärbündnis beizutragen. Am 22. Juli 1954 nahm Richter zum letzten Mal öffentlich das Wort. Sein Diskussionsbeitrag vor den Dresdner Stadtverordneten galt der Verantwortung der Deutschen hüben und drüben für die Erhaltung des Weltfriedens.

Im Abseits

Im Frühjahr 1954 wurden Richter und zwei andere in der CDU politisch aktive Christen in ihrer Landeskirche nicht wieder als Kandidaten für die Synode aufgestellt. Es traf Richter schwer, dass die meisten seiner alten Freunde aus der BK seinen politischen Weg nicht verstanden und es ihm nun nicht mehr möglich war, in gewohnter Weise aktiv an der Gestaltung seiner Kirche mitzuarbeiten.

Auch der Bezirksvorstand der CDU in Dresden vermied es, ihn in Funktionen zu wählen, in denen er die Entwicklung seiner Partei unmittelbar beeinflussen konnte. Wie er in einem Brief schreibt, erhielt er in Sommer 1954 nicht einmal ein ordentliches Mandat zum 7. Parteitag. "Die Union" druckte keinen Artikel von Richter mehr, auch nicht zur Friedensfrage. Es muss damals im Dresdner Bezirksverband Kräfte gegeben haben, denen es unangenehm war, dass Richter seine politische Verantwortung so deutlich mit seinem christlichen Glauben motivierte. Dass aber gerade dies für die CDU wichtig ist, brachten Richters Freunde Walter Riedel und Carl Ulbricht immer wieder deutlich zum Ausdruck.

So sah sich Richter im Sommer 1954 von seiner Kirche und seiner Partei abgeschoben, "in die Ecke gestellt", wie er in einem Brief äußerte. Beiden hatte er nach Kräften dienen wollen. Der Schmerz über diese Isolierung hat wohl dazu beigetragen, dass sich sein Herzleiden schnell verschlimmerte. Seinem Tod sah Richter bewusst und getrost entgegen. In einem ausführlichen Testament schrieb er: "Es ist ein merkwürdiges Leben, das hinter mir liegt, es ging durch viel Unruhe, bergauf und bergab."

Er bat alle, die er gekränkt hätte, um Verzeihung und sagte denen, die ihn geformt hätten, seinen herzlichen Dank.

Am 16. Oktober 1954 wurde Richter in Dresden in seinen 69. Lebensjahr von seinem schweren Leiden erlöst

Abschied von Martin Richter

Eine große Trauergemeinde war am 22. Oktober 1954 auf dem Friedhof in Dresden - Böhlaus zusammengekommen, um von Richter Abschied zu nehmen.

Aus Berlin war der Parteivorsitzende Otto Nuschke angereist. Oberkirchenrat i.R. Michael verschwieg in seiner Traueransprache nicht, wie sehr Richter darunter gelitten hatte, dass manche seiner alten Freunde ihn nicht mehr verstanden und sich von ihm abgewendet hatten. Trotzdem sei er seinen Weg weitergegangen in ernster Verantwortung vor Gott und den Menschen.

In seinem ausführlichen Nachruf am Grab nannte Otto Nuschke den Verstorbenen "einen der Treuesten seiner Partei". Er habe nie eine Mühe, nie einen Dienst gescheut, und sei er noch so gering gewesen. "Und wenn wir im Gedankenaustausch so oft zusammensaßen, dann bewunderte ich immer wieder an ihm die Frische des Geistes, die Lebendigkeit des Denkens und Überlegens und seinen praktischen Sinn, uns zu beraten." Richter habe das Amt des Verlagsleiters der in Dresden gegründeten "Union" genau so treu und umsichtig ausgeübt, wie später sein Amt als Bürgermeister. In diesem Amt aber sei besonders sein sozialer Sinn am rechten Ort gewesen, "denn das war einer der wichtigsten Leitsterne seines Lebens: Dienst an den Brüdern, Dienst an denen, die im Schatten leben.... Eine besondere Herzenssache war ihm die Vertretung des Friedensgedankens. Im christlichen Arbeitskreis des Friedensrates hat er noch einmal sein Bestes gegeben.

Nehmen Sie es als Trost hin, dass wir ihn ebenfalls verloren haben, ihm nachtrauern und den herzlichen Dank bewahren für seine treuen Dienste, die er uns, der Partei, dem Vaterland, der Kirche, den christlichen Menschen und nicht zuletzt dem Frieden geleistet hat."

Daten zum Lebensweg von Martin Richter

1886	23. Februar	In Dresden geboren
1892 – 1900		Volksschule
1900		Beginn kirchlicher Jugendarbeit
1900 – 1903		Fortbildungsschule
1900 – 1905		Tätigkeit als Hilfsarbeiter und Markthelfer
1903		Begegnung mit Martin Stoecker
1906 -1908		Teilausbildung als Krankenpfleger, tätig in verschiedenen sozialen Berufen
1907		Eintritt in die Christlich Soziale Partei Stoeckers
1908- 1909		Militärdienst in Königsberg
1909 -1914		Ausbildung als Krankenpfleger, tätig im Dienst der Unfallhilfe und Krankenpflege in Dresden und Berlin
1914 -1918		Sanitätsdienst in verschiedenen Kriegslazaretten
1918 -1923		Sekretär und Bezirksleiter in den Christlichen Gewerkschaften
1924 -1925		Bezirksleiter im Deutschen Werkmeisterbund
1925 -1926		Referent der Reichszentrale für Heimatdienst
1927 -1933		Fürsorger im Dienst der Staatlichen Gefangenen- und Straftentlassenenfürsorge in Dresden
1934		Mitorganisator des Pfarrernotbundes. in Sachsen
1934 -1940		Reiseseekretär des Landesbruderrates der BK
1940 -1941		Geschäftsführer des Landesbruderrates der BK
1941 -1945		Sanitätsfeldwebel in verschiedenen Kriegslazaretten
1945	April-Juni	Französische Kriegsgefangenschaft
1945	19. Juli	Heimkehr nach Dresden
1945	25. August	Mitbegründer der CDU in Sachsen
1945	24. Oktober	Mitbegründer der Volkssolidarität in Dresden
1945		Erster Kreisverbandsvorsitzender der CDU
1945 -1950		Erster Vorsitzender des Landesausschusses der Volkssolidarität , bis 1952 zweiter Vorsitzender
1946 - 1950		Zweiter Bürgermeister in Dresden mit dem Dezernat Sozialwesen
1946	5. Januar	Erster Erscheinungstag der Dresdner CDU- Zeitung "Die Union". Martin Richter ist Begründer und erster Verlagsleiter
1947	9.-11.August	Karl Barth in Dresden
1951 – 1954		Mitarbeit im Friedenskomitee in Dresden und Berlin (später Friedensrat)
1952		Herausgeber der christlichen Wochenschrift "Verantwortung"
1953	22. Oktober	Martin Niemöllers Kirchentagsvortrag in der Kirche in Dresden- Bühlau
1954	18. Oktober	In Dresden verstorben und auf dem Friedhof in Dresden- Bühlau beigesetzt.

Die Darstellung folgt in vielen Teilen unveröffentlichten Altersaufzeichnungen Richters (vermutlich aus dem Jahre 1953) sowie Briefen, Aufsätzen und anderen Unterlagen aus seinem Nachlass („Walter Feurich“-Archiv im Stadtarchiv Dresden).

In der Schriftenreihe der Bekennenden Kirche Sachsens "Um Evangelium und Kirche" erschienen von Martin Richter: "..... Dass Deine Kirche nicht stumm werde", Nr.12, Dresden 1936
"Wirklichkeit gegen Behauptung", Nr.149, Dresden 1937

Es wurden benutzt:

Dehn, Günther: Die alte Zeit, die vorigen Jahre - Lebenserinnerungen. München 1962.

Der Jünglingsfreund; Verbandsblatt der Dresdner evangelischen Jünglingsvereine. Jg. 1901, Jg. 1903

Feurich, Anneliese: Ein Leben für andere - Martin Richter zum 100. Geburtstag in: Standpunkt 2/1986

Feurich, Walter: Die Verwirklichung des Dahlemer Notkirchenrechtes durch die Bekennende Ev.-Luth. Kirche in Sachsen in: Junge Kirche (Beiheft) 4/1978,

Feurich, Walter Lebensbericht eines Dresdner Gemeindepfarrers, Berlin 1982.

Feurich, Walter Unsere Mitarbeit ist unentbehrlich - Erinnerungen an Martin Richter in: Standpunkt 5/1979

Fischer, Joachim: Die sächsische Landeskirche in Kirchenkampf 1933 – 1937, Halle 1972

Hahn, Hugo: Kämpfer wider Willen Erinnerungen des Landesbischofs D. Hugo Hahn aus dem Kirchenkampf 1933 - 1945. Bearb. und hrsgs. von Georg Prater. Metzingen/Württ. 1969.

Klemm, Hermann: Im Dienst der Bekennenden Kirche - das Leben des sächsischen Pfarrers Karl Fischer 1896 – 1941 in: Arbeiten zur Geschichte des Kirchenkampfes, Ergänzungsreihe Bd.14 Göttingen 1986

Klempere, Viktor: Tagebücher 1933 – 1945, Bd.2 Berlin 1995

Kupisch, Karl: Adolf Stoecker - Hofprediger und Volkstribun, Berlin 1970.

Lexikon zur Parteiensichte, 4 Bde. Leipzig 1983 - 1986,

Meier, Kurt: : Der evangelische Kirchenkampf, Bd. I and Bd. II. Halle 1976; Bd. III. Halle 1986.

Rothe, Lya und Erich Woitinas: Hermann Matern - Aus seinem Leben und Wirken in: Schriftenreihe Geschichte. Ost-Berlin 1981,

Smith von Osten, A.: Von Treysa 1945 bis Eisenach 1948 in: Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte, Reihe B Darstellungen - Bd. 9. Göttingen 1980.

Thesen zur Geschichte der CDU. Berlin 1970

Verantwortung - Christliche Wochenschrift. Jg. 1, 1952.

Wirth, Günter: Otto Nuschke, in: Reihe Christ in der Welt,. Heft 1.Ost-Berlin 1965.

Zillig, Hans: In der Mitarbeit gewachsen and gereift Zur Geschichte des Landesverbandes Sachsen der CDU (1945 bis 1952). Berlin 1975.